

Vertrauen auf die Kraft der Armen

50 Jahre Kooperation von Staat und Kirchen in der Entwicklungszusammenarbeit

MISEREOR
IHR HILFSWERK

Brot
für die Welt

Brot für die Welt –
Evangelischer
Entwicklungsdienst

KZE
Katholische Zentralstelle
für Entwicklungshilfe e.V.

eze
Evangelische Zentralstelle
für Entwicklungshilfe e.V.

HINTERGRUND

Dem Kanzler war die Sache ein persönliches Anliegen. Rheinisch-unkonventionell soll Konrad Adenauer sinngemäß gesagt haben: „Bevor jeder Pater einzeln zu mir kommt, regele ich das mit den Kirchen lieber anders.“ Er meinte damit die finanzielle Förderung der entwicklungspolitischen Arbeit der Kirchen an der Seite der Menschen in den ärmsten Regionen der Erde.

Es war das Jahr 1961, als sich Adenauer in dieser Weise äußerte und damit zu den Schlüsselfiguren gehörte, die die Kooperation des Staates und der beiden großen christlichen Kirchen in der Entwicklungszusammenarbeit einläuteten. Nachdem im gleichen Jahr dann das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gegründet worden war, schufen die katholischen Bischöfe 1962 sozusagen als kirchliches Gegenüber unter dem Dach ihres Hilfswerks MISEREOR die Katholische Zentralstelle für Entwicklungshilfe (KZE). Auf protestantischer Seite wurde parallel die Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe (EZE) gebildet, die seit 30.08.2012 bei Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst im Evangelischen Werk für Diakonie und Entwicklung eingebunden ist. Die Zentralstellen übernehmen seit 1962 treuhänderisch die vom BMZ anvertrauten Steuergelder und sorgen für deren vielfältigen Einsatz in Entwicklungsprojekten diverser Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas. Besonders erfreulich: Es geschah von Anfang an bis heute in enger und vertrauensvoller ökumenischer Kooperation zwischen beiden großen Kirchen.

Eine Erfolgsgeschichte

Von Anbeginn war Komplementarität zwischen Staat und Gesellschaft ein genuines Markenzeichen der deutschen Entwicklungspolitik. Die hohen Zustimmungsraten zu diesem Politikbereich seit nunmehr über 50 Jahren zeugen ebenso davon wie das erhebliche bürgerschaftliche Engagement in Kirche und Gesellschaft. Alle Bundesregierungen seit Gründung des BMZ haben sich zu dieser gemeinsamen Verantwortung bekannt. Das BMZ hat davon erheblich profitiert und sich in all den Jahren eine profilierte Kompetenz im kritischen Dialog mit der Zivilgesellschaft - auch bei kontroversen Themen - aufgebaut. Das BMZ ist auch das einzige Ressort, das über ein langjährig erprobtes Instrumentarium auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit mit nicht-staatlichen Akteuren verfügt, welches auf Eigenverantwortung und Partnerschaft der gleichberechtigten Akteure setzt. Der deutsche Staat profitiert ebenso seinerseits enorm von dem entwicklungspolitischen Engagement der Kirchen, ihrer Kompetenz und ihrer Nähe zu den Armen im weltweiten Netz ihrer Partner vor Ort.

Bemerkenswert ist dabei, dass von allen Bundesregierungen in dieser Zusammenarbeit die Unabhängigkeit der Kirchen frei von politischen Auflagen stets bestätigt worden ist. Das BMZ billigt den Kirchen somit im Rahmen strenger und anspruchsvoller Verfahrensrichtlinien und Rechenschaftslegung die Freiheit zu, eigenständig und unabhängig über Einsatzländer, Projekte und Partner der Entwicklungszusammenarbeit zu entscheiden. Einzige Bedingung: Die Kirchen dürfen die Steuermittel nicht für Verkündigungsprojekte eingesetzt.

Staatliche Förderung der Entwicklungszusammenarbeit im Bereich der sogenannten nicht-staatlichen Zusammenarbeit ergänzt somit die Eigenanstrengungen der Kirchen in angemessener Weise. Zudem: Das bei den Kirchen und im bürgerschaftlichen Engagement erzielte Volumen an Spenden und das ehrenamtliche Engagement übersteigen die staatlichen Förderungen bei weitem.

In diesem Sommer gibt es die so gestaltete Zusammenarbeit von Staat und Kirche in Deutschland nun schon seit 50 Jahren, und alle Beteiligten sprechen von einer echten Erfolgsgeschichte. Sichtbares Zeichen für diese Bilanz ist die Tatsache, dass alle bisherigen Bundesregierungen, alle Ministerinnen und Minister sowie sämtliche im Bundestag vertretenen Parteien diese Kooperation stets unterstützt haben und dies auch in Zukunft tun wollen. Seit mehr als einem Jahrzehnt wurden die Mittel für Kirchen, nichtstaatliche Organisationen und politische Stiftungen kontinuierlich erhöht. Allein die beiden Kirchen erhalten in diesem Jahr aus dem Bundesetat jeweils über 100 Millionen Euro zur Weiterleitung an Projekte der Armutsbekämpfung in den Entwicklungsländern.

Die Bedeutung kirchlicher Entwicklungszusammenarbeit

Dies geschieht nicht ohne Grund - und nicht nur, weil die Zusammenarbeit mit lokalen, basisnahen kirchlichen Strukturen sehr kostengünstigen Mitteleinsatz ermöglicht. So wird von Regierung und Parlament allgemein anerkannt, dass die Kirchen auch in problembehafteten Ländern oft mehr im Sinne der Armen erreichen können als staatliche Entwicklungsorganisationen. Es gibt eine ganze Reihe von Beispielen, wo die Kirchen aufgrund ihrer vielfältigen gesellschaftlichen Verankerung in Ländern bleiben können, wo eine Zusammenarbeit auf staatlicher Ebene nicht mehr möglich ist. Etwa weil ein Staat instabil ist oder undemokratisch regiert wird. Die Kirchen haben auch in Ländern wie Afghanistan, Mali oder Haiti langjährige Partner, sie stehen in fruchtbarem Dialog mit muslimischen Organisationen und leisten in vielfältiger Weise einen Beitrag zur Verständigung der Weltreligionen. Sie können die Armen und Ausgegrenzten dabei unterstützen, zu ihrem Recht zu kommen. Sie haben mehr Möglichkeiten, engagiert für den Schutz der Menschenrechte einzutreten oder sich an die Seite von Demokratiebewegungen zu stellen.

Mit Blick auf kirchlich geförderte Projekte im Süden wie in der staatlich-kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit hier gilt somit das Prinzip der Subsidiarität, das dem Staat eine wichtige Verantwortung für förderliche Rahmenbedingungen, Einhaltung von Regeln und die Sicherstellung von sozialen Grunddiensten zuweist. Zugleich wird eine aktive und starke Zivilgesellschaft vorausgesetzt. In vielen Ländern des Südens gibt es nicht nur schwache, undemokratische oder korrupte Regierungen, sondern es fehlt zugleich auch eine funktionierende Zivilgesellschaft, fehlen freie und unabhängige soziale Organisationen und Bewegungen, die als eine Art „Gegenmacht von unten“ eine gerechte Teilhabe an den materiellen Gütern einfordern könnten, und es fehlen die entsprechenden Mechanismen für Bürgerbeteiligung und gesellschaftliche Kontrolle. Stärkung der Zivilgesellschaft und Förderung ihrer Beteiligungschancen müssen unverzichtbare Ziele staatlicher Entwicklungspolitik bleiben, die sie allerdings nicht unmittelbar selbst erfüllen muss, sondern getreu dem Subsidiaritätsprinzip getrost zivilgesellschaftlichen Akteuren überlassen sollte. Allerdings kann sie diese dabei nach Kräften unterstützen und zugleich komplementär das eigene Handeln auf

die Weiterentwicklung und Demokratisierung öffentlicher Strukturen in den fraglichen Ländern ausrichten.

Den Mächtigen ins Gewissen reden

So konstruktiv das Verhältnis zwischen den kirchlichen Werken und dem BMZ auch ist: Einer Meinung ist man längst nicht immer. Entsprechend ihrem Auftrag reden die Kirchen nach wie vor den Mächtigen ins Gewissen und gehen Themen, die in der Regierung als schwierig und unbequem empfunden werden, nicht aus dem Weg. So gibt es bei den Rüstungsexporten der Bundesrepublik seit Jahren deutliche Meinungsverschiedenheiten. Zum ernsteren Zerwürfnis hat aber bislang kein Disput geführt, im Gegenteil: Entwicklungsminister Dirk Niebel schätzt - wie alle seine Vorgängerinnen und Vorgänger - das offene Wort und betont das Positive und Bereichernde auch im kritischen Austausch. Und da dieser konstruktiv, fair und respektvoll verlaufen ist, sind die Impulse der Kirchen in der Bundesregierung stets willkommen.

Das mag wiederum an der großen Glaubwürdigkeit liegen, die die kirchlichen Hilfswerke in der deutschen Öffentlichkeit genießen. In ihrer Haltung, den Armen keine vorgefertigten Hilfskonzepte zu präsentieren, sondern die Verantwortung dafür, welche Art der Unterstützung für sie die richtige ist, partnerschaftlich vor Ort zu belassen und zu stärken, sehen sie sich auch nach 50 Jahren Kooperation mit dem Staat bestätigt. Eine Haltung, die den unbedingten Willen betont, die Armut zu bekämpfen. Und die Welt Schritt für Schritt ein wenig besser zu machen.

Ansprechpartner:

Ralph Allgaier, MISEREOR-Pressesprecher

Tel.: 0241/442-529, Mobil: 0160/90555853, Mail: ralph.allgaier@misereor.de

Michael Flacke, Leiter Pressestelle Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst

Tel.: 0228/8101-2503, Mobil: 0152/22701904, Mail: michael.flacke@eed.de